

FRANKREICH

# Mann ohne Grenzen

Nicolas Sarkozy hat nicht nur die Europäer gegen sich aufgebracht, auch das eigene Land distanziert sich von ihm. Nie wurde einem amtierenden Präsidenten so viel Häme zuteil.

**W**ie ein Derwisch ist er in den vergangenen Wochen durch sein Land gereist und hat überall das hinterlassen, was er am besten kann: Versprechungen.

Bergbauern in der Provence sagte Nicolas Sarkozy Unterstützung bei der Schafzucht zu, Plattenbaubewohnern am Rand von Paris Subventionen für ein Eigenheim, den Angehörigen in Afghanistan gefallener Soldaten die Fortführung des Kampfes gegen den Terror. Es war das alte Rezept: Sarkozy, der Hyper-, der Omni- und Ankündigungspräsident, der von einem Krisenherd zum nächsten eilt.

Mit Gattin Carla Bruni besuchte er zwischendurch die prähistorische Höhle von Lascaux, besichtigte über 17 000 Jahre alte Wandmalereien und sagte anschließend ergriffen: „Wirklich, die Gegenwart des Präsidenten an diesem Ort ist vonnöten.“ Warum, das erklärte er nicht. Auch die Franzosen wissen es nicht mehr so recht.

Am Donnerstag dann fuhr Sarkozy zum Europa-Sondergipfel nach Brüssel. Zuvor hatte EU-Justizkommissarin Viviane Reding die von ihm in Gang gesetzten Roma-Abschiebungen eine „Schande“ genannt, sie mit Vorgängen in der Nazi-Zeit verglichen und mit einem Verfahren gegen Frankreich gedroht.

Sarkozy tobte und stritt schon beim Mittagessen mit Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Es folgte dieser eine Satz: Frau Merkel beabsichtige doch auch, so der Präsident, Roma-Lager in Deutschland räumen zu lassen. Dann schaute er – ein wenig irr – in die Runde.

Berlin dementierte, die EU-Kommissare waren verstört: eine deutsche Kanzlerin, die Lager räumen lässt. Ein französischer Präsident, der das triumphierend verkündet. Eine absurde Vorstellung. (Siehe Seite 20.)

Es war einer dieser Auftritte, wie man sie bisher nur von Silvio Berlusconi kannte, dem Italiener, der seit Jahren schon

Politik als Reality-Show betreibt. Der provoziert, groteske Wahrheiten verkündet und selbst auf Gipfeltreffen noch anzügliche Bemerkungen macht – den Teint gepudert, das Gesicht geliftet. Hat Europa jetzt einen zweiten Operettendarsteller? Einen in Paris?



Präsident Sarkozy, Ehefrau Bruni in der Dordogne, Anti-Sarkozy-

Ja, sagen die Pariser Zeitungen, die schon von „Sarkosconi“ schreiben. Ja, sagt der Politologe Olivier Duhamel, Mitunterzeichner des Appells „Wir sind alle Franzosen“ – einer Initiative, die sich gegen Sarkozys Vorhaben wendet, straffällig gewordenen Franzosen ausländischer Herkunft die Staatsbürgerschaft abzuerkennen. Wie Berlusconi sei Sarkozy hoffnungslos selbstverliebt, besessen von der Idee, die Medien zu steuern, und getrieben vom Willen, alles und jeden zu kontrollieren.

Und wie der italienische Premier habe er seit langem Schlüsselstellen in Politik und Medien mit Vertrauten besetzt, hin- zu komme nun ein xenophober Populismus. Es fehle nur, so Duhamel, „die offene Allianz mit der extremen Rechten“. Berlusconi war dann auch der Einzige,

Netz zirkulieren E-Mails, die er an Freunde verschickt hat. In einer ist ein Foto angehängt, das Präsident Obama als Zuhälter zeigt und dessen Frau Michelle als Prostituierte.

Seine Freunde fänden so etwas halt lustig, rechtfertigt sich Paladino, er arbeite im Baugewerbe, und da herrsche eben ein anderer Ton. Offenbar genügte das seinen Anhängern als Erklärung.

Die Demokraten hoffen, den Machtkampf bei den Republikanern für sich zu nutzen. „Die Tea-Party-Aktivistinnen können jetzt vor Freude tanzen. Aber die Demokraten dürften in Delaware zuletzt lachen“, sagt Wahlkampfexperte Stuart Rothenberg. Unter den wichtigen unentschlossenen Wählern in der Mitte wird die radikale Bewegung immer unbeliebter, 30 Prozent von ihnen wollen mit Tea-Party-Kandidaten gar nichts mehr zu tun haben. Zu verschreckt sind sie von Kandidaten wie O'Donnell, die mit nur 30 000 Stimmen, weniger als drei Prozent der Bürger von Delaware, die Vorwahl für sich entscheiden konnte.

Doch die Demokraten sollten sich nicht zu früh freuen, immerhin ist es ihrem großen Star Obama nach nur zwei Jahren gelungen, dieselben schlechten Umfragewerte einzufahren, für die sein Vorgänger Bush zwei Amtszeiten gebraucht hat.

Für viele Amerikaner symbolisieren er und seine Regierung jene intellektuelle Elite, die Washingtoner Politik wie ein Brettspiel betreibt. Man sieht sie bei CNN Statistiken diskutieren und Balkendiagramme verschieben. Stets erwecken sie den Eindruck, sie hätten alles im Griff. Und dann haben sie nichts im Griff. Den Krieg in Afghanistan nicht, die Wirtschaftslage schon gar nicht.

Die Anhänger der Tea Party verbindet nicht nur der Protest gegen Steuern, nicht nur der bloße Wunsch nach niedrigeren Abgaben. Es geht um einen Vertrauensverlust in die politischen Eliten, wie sie Amerika schon Mitte der sechziger Jahre einmal durchlebte, als John F. Kennedy sein „Team der Besten und Klügsten“ präsentierte und dann im Vietnam-Krieg ebenso scheiterte wie im sogenannten Krieg gegen die Armut.

Eine wichtigere Rolle spielt wohl, dass sich die Unzufriedenen mit den Kandidaten identifizieren können. „Ich glaube, dass ich selbst mal Geldprobleme hatte, macht mich mitfühlender“, wirbt O'Donnell für sich.

Vielleicht ist das das Geheimnis der neuen Kandidaten – je mehr über ihre Fehler gesprochen wird, desto trotziger unterstützen ihre Anhänger sie. Sie denken: Die sind also auch nicht perfekt.

„Karl Rove hat gesagt, ich würde nie eine Vorwahl gewinnen“, freut sich O'Donnell. „Wenn Leute wie er jetzt schlechte Verlierer sein wollen, dann ist das okay.“

MARC HUJER, GREGOR PETER SCHMITZ

der Sarkozy vergangene Woche Beistand leistete.

Die Roma-Pläne des Nicolas Sarkozy sind eine Verzweiflungstat, seine Popularitätswerte an einem neuen historischen Tiefpunkt angelangt: Drei Jahre erst ist dieser Präsident im Elysée, aber schon lehnen zwei Drittel aller Franzosen eine zweite Amtszeit ab. 55 Prozent wollen, dass die Linke wieder an die Macht kommt. Würde der Sozialist Dominique Strauss-Kahn, zurzeit Chef des Weltwährungsfonds in Washington, 2012 kandidieren, so eine andere Umfrage, könnte er Sarkozy im zweiten Wahlgang mit 59 zu 41 Prozent schlagen.

Der Präsident regiert ein Land, das sich öffentlich von ihm distanziert, es glaubt ihm einfach nicht mehr. An Pariser Bus-

Jacques Chirac wurde nur deswegen nicht der Korruption angeklagt, weil ihn die Immunität des Präsidentenamts schützte. Hunderttausende Francs soll er als Pariser Bürgermeister illegal für Parteizwecke abgezweigt haben, aber die Franzosen mochten ihn, weil er mit ihnen sprach, ihnen die Hand schüttelte und bodenständig war.

Sarkozy dagegen, der sechste Präsident der Fünften Republik, wirkte von Anfang an wie ein zappeliger Parvenu ohne das notwendige Rüstzeug zum Staatsmann. An die Macht gekommen, führte er sich auf wie ein Neureicher, mit Frauen wie Trophäen an seiner Seite: erst die schöne Cécilia, dann die wilde, reiche Carla. Seinen Wahlsieg feierte er mit Unternehmerfreunden und Schauspielern im Pariser

Jahr zahlte der Staat dank dieser Regelung 679 Millionen Euro an Spitzenverdiener zurück, im Schnitt erhielten sie gut 36 000 Euro.

„Man hat mich damals gefragt, was ich für die größte Gefahr einer Präsidentschaft Sarkozys halte“, sagt Edwy Plenel, Chef des Internetdienstes Mediapart. „Ich habe immer gesagt, die größte Gefahr ist er selbst, denn mit Sarkozy traf ein Mann, der keine Grenzen kennt, auf ein System, dessen politische Institutionen ganz und gar auf den Präsidenten zugeschnitten sind.“

Plenel, 58, dunkler Schnauzbart, offenes Hemd, sitzt in einem großen, lichten Büro, das er „Open Space“ nennt, in einer Seitenstraße des Pariser Bastille-Viertels, er ist einer der bekanntesten Journalisten Frankreichs.

Der ehemalige Chefredakteur von „Le Monde“ deckte die Affäre um die Versenkung des Greenpeace-Boots „Rainbow Warrior“ auf, schon unter Mitterrand wurde sein Telefon abgehört. Nun werde wieder beobachtet, wann er mit wem telefoniere, da ist er sich sicher. Genau wie bei den Kollegen von „Le Monde“, auf die der Elysée offenbar den Geheimdienst angesetzt hatte, um die Quellen der Zeitung in der Bettencourt-Affäre zu entarnen. Plenels Internetdienst hatte die Affäre um Arbeitsminister Eric Woerth und illegale Parteienfinanzierung erst angestoßen. „Eine Sarkozy-, keine Woerth-Affäre“, sagt er.

Es könnte sein, dass diese Enthüllungen der Vorlauf zur Attacke gegen die Roma waren. Und Sarkozy, als er sah, dass er den Flächenbrand nicht stoppen konnte, ein-

fach den nächsten entzündete. Am 23. Juli erklärte ein Gericht die Mediapart-Informationen für rechtmäßig erlangt und verwertbar. Am 28. Juli gingen erste Anweisungen an die Präfekten, jede Woche mindestens ein Roma-Lager aufzulösen. Zwei Tage später machte Sarkozy die neue Sicherheitsoffensive öffentlich und erklärte den Roma „den nationalen Krieg“.

Inzwischen wurde bekannt, dass der Geheimdienst auch den Auftrag erhielt, Personen im Umfeld des Präsidentenpaares zu überwachen. Er sollte herausbekommen, wer die Gerüchte verbreitete, beide gingen fremd.

Es heißt, Carla Bruni habe persönlich Einblick in die Polizei- und Geheimdienstberichte erhalten. Sie ist ja auch die Frau des Mannes ohne Grenzen.

BRITTA SANDBERG, STEFAN SIMONS



Demonstration in Sète: Seine Popularitätswerte sind an einem historischen Tiefpunkt angelangt

halten hängt inzwischen das abgewandelte Titelbild des „Economist“: ein auf Cockerspaniel-Größe geschrumpfter Sarkozy unterm Napoleon-Hut.

Noch nie wurde in Frankreichs Präsidentschaft Demokratie der Wahlmonarch mit so viel Häme übergossen. „Ist dieser Mann gefährlich?“, fragt der „Nouvel Observateur“ auf dem Titel und zeigt einen unrasierten Präsidenten in Schwarzweiß und Verbrecherpose. Internetvideos dokumentieren genüsslich das Schulterzucken und andere Marotten Sarkozys, Psychiater zerlegen in Magazinen sein narzisstisches Wesen.

François Mitterrand hatte eine uneheliche Tochter und eine fragwürdige Vichy-Vergangenheit, aber er las Chateaubriand, Stendhal und Tolstoi, er trat auf wie ein Staatsmann, die Franzosen respektierten ihn.

Luxusrestaurant Fouquet's; anschließend machte er auf der Yacht eines der reichsten Männer Frankreichs Urlaub.

Seinen Wählern hatte er die „rupture“ versprochen, den Bruch mit der Vergangenheit. Oma und Opa sollten aus dem Elysée aus-, der „Präsident der modernen Republik“ einziehen. Einem „Frankreich, das früh aufsteht“, wollte er vorstehen und kündigte Reformen sowie die radikale Abkehr vom alten System an. Zuerst fanden die Franzosen das wohlthuend anders, sie hofften auf mehr Kaufkraft und eine Neuorientierung in der Außenpolitik.

Dann aber setzte ihr Präsident als erste politische Maßnahme eine Vergünstigung für seine reichen Freunde durch, die die Gesamtsteuerlast auf 50 Prozent der Einnahmen begrenzt. Im Land kamen erste Zweifel auf. Allein für das vergangene